

IGB

FRONTLINE-KAMPAGNEN UND VIER AKTIONSSÄULEN 2020

HOFFNUNG STATT HASS

RECHTE STATT UNTERDRÜCKUNG

DEMOKRATIE STATT DIKTATUR

FREIHEIT STATT FASCHISMUS

SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

VERTRAUEN STATT VERZWEIFLUNG

GERECHTIGKEIT STATT UNGLEICHHEIT

MUT STATT ANGST

99% STATT 1%

WÜRDE STATT AUSBEUTUNG

#DIE REGELN NEU FESTLEGEN

DEMOKRATIEN FÜR DIE MENSCHEN

EIN NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG

EIN GERECHTER ÜBERGANG FÜR KLIMAAMBITIONEN

Inhalt

Vorwort	5
Frontline-Kampagnen des IGB	7
Demokratien für die Menschen: Die Regeln neu festlegen	7
Ein neuer Gesellschaftsvertrag	10
Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen	13
Säulen und Themenbereiche des IGB	17
Frieden, Demokratie und Rechte	17
Gefährdete Länder	
Migration und Sklaverei	
Frieden und Abrüstung	
Regulierung der Wirtschaftsmacht	20
Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	
Die Macht der Unternehmen	
Multilateralismus	
Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge	23
Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	
Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit	
Gleichstellung	26
Wirtschaftliche Integration von Frauen	
Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung	
Anhang I	29
Frontlines und Säulen im Überblick	29
Anhang II	30
Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung – Gewerkschaftsprioritäten	30

Vorwort

Der IGB-Weltkongress in Kopenhagen hat uns einen ehrgeizigen Auftrag erteilt, mit vier Säulen als Rahmen für unsere strategischen Pläne bis 2022. Organisationsarbeit, die darauf abzielt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, ist unerlässlich für eine erfolgreiche Arbeit, und angesichts unseres Ziels, ein 10-prozentiges Mitgliederwachstum zu erreichen, sind wir entschlossen, mehr Mitglieder zu gewinnen. Dies wird auch Unterstützung für Gewerkschaften beim Austausch und bei der Nutzung der Technologie für die Organisations- und Kampagnenarbeit beinhalten.

Diese Zusammenfassung der strategischen Prioritäten und Pläne des IGB gibt einen Überblick über die vier Säulen: Frieden, Demokratie und Rechte; Regulierung der Wirtschaftsmacht; Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge; und Gleichstellung. Dies sind die zentralen Aufgaben für den IGB, und jede Säule umfasst Themenschwerpunkte mit Zielen, an denen wir unsere Fortschritte messen und über die wir dem Vorstand jedes Jahr sowie dem nächsten IGB-Weltkongress im Jahr 2022 Bericht erstatten werden.

Die wichtigsten Ambitionen der einzelnen Säulen fasst der IGB in drei Frontline-Kampagnen zusammen. Diese bilden unsere öffentlichen Forderungen, die uns dabei helfen werden, die Regeln neu festzulegen, um Demokratie, Rechte, menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen:

- **Demokratien für die Menschen: Die Regeln neu festlegen**
- **Ein neuer Gesellschaftsvertrag**
- **Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen**

Die Gewerkschaften stehen an vorderster Front eines Kampfes für demokratische Rechte und Freiheiten gegenüber der unternehmerischen Profitgier, die viele Regierungen derart beeinflusst, dass sie entgegen den Rechten und Interessen der Menschen handeln und den Aufstieg der extremen Rechten zugelassen haben.

Es braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Regierungen, Arbeitnehmern und der Wirtschaft, um das Vertrauen wiederherzustellen, wenn die Menschen den Glauben an die Demokratie verlieren, und wir müssen die globale Erderwärmung durch ehrgeizige Maßnahmen zum Klimaschutz stoppen.

Wir werden niemanden zurücklassen. Frauen, Arbeitsmigrant/innen, Beschäftigte im informellen Sektor, Arbeitskräfte von Plattformunternehmen, Arbeitnehmer/innen, die ihren Arbeitsplatz durch den Klima- oder technologischen Wandel verlieren könnten, oder andere marginalisierte oder diskriminierte Beschäftigte – all diejenigen, die durch das endlose Profitstreben ausgebeutet werden, müssen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Ohne Sicherheit und Hoffnung fühlen sich viele Menschen von den falschen Versprechungen der extremen Rechten angezogen.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele weisen einen Weg in Richtung auf eine Zukunft ohne Armut und ohne CO2-Emissionen, die auf Rechten basiert und gerecht ist, aber diese Ziele sind ohne menschenwürdige Arbeit nicht zu erreichen. Mit dem Fokus auf unseren vier Aktionssäulen und unseren drei Frontline-Kampagnen verfügen wir über eine beachtliche Agenda. Unsere Ambitionen mit Blick auf eine gerechte Welt sind realisierbar.

Der Vorstand wird die Fortschritte bezüglich der gesteckten Ziele prüfen und über die jährlichen Pläne, die angestrebten Ergebnisse sowie den vom Lenkungsausschuss empfohlenen Haushalt beschließen. Die gewählte Führungsgruppe wird uns beraten und dabei helfen, unsere Arbeit und die unserer Regionen zu evaluieren. All diese Gremien spiegeln unsere globale Reichweite und unsere Vielfalt wider.

In Zusammenarbeit mit unseren Mitglieds- und Regionalorganisationen sowie den GUFs können wir arbeitende Menschen überall organisieren und deutlich machen, dass die Regeln durch die Macht der Arbeitnehmer neu festgelegt werden können.

Sharan Burrow
Generalsekretärin

Frontline-Kampagne: Demokratien für die Menschen: Die Regeln neu festlegen

Vertrauen wiederherstellen
Rechte Wählen Zuhören
Lebensstandards Transparenz
Jobs für Frauen und junge Menschen Sozialschutz
Rechtsstaatlichkeit Umwelt
Vereinigungsfreiheit Arbeitnehmer
Streikrecht Schutz vor Überwachung
Rechenschaftspflicht Datenschutz

85% der Menschen wollen
die Regeln der Weltwirtschaft
neu festlegen.

“Wir überlegen immer noch, ob wir zur Wahl gehen sollen oder nicht. Wenn wir gehen, gewinnt die CPP. Wenn wir nicht gehen, gewinnt auch die CPP.”

Noan Sereiboth, Soziologe, Kambodscha

[Artikel zur Wahl in Kambodscha,](#)
Eduard Merigo

Überblick

Das Vertrauen in die Demokratie ist zerstört. Lediglich 30 Prozent der Menschen weltweit glauben, dass ihre Meinung zählt.

Die Menschen wollen, dass ihre Regierungen die Regeln der Wirtschaft neu festlegen, um Wachstum und geteilten Wohlstand zu fördern. Sie wollen, dass die Regierungen im Interesse der Menschen handeln.

Der Wiederaufbau starker Demokratien macht es erforderlich, dass die Regierungen ihre Planung und Berichterstattung neu ausrichten, um für Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen.

Wenn die Menschen nicht erkennen können, wie das Vermögen ihrer Wirtschaft dazu genutzt wird, um für Beschäftigungswachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen;

wenn die Lebensstandards nicht auf existenzsichernden Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen basieren, um menschenwürdige Arbeitsplätze zu garantieren;

wenn Sozialschutz für alle und hochwertige öffentliche Dienstleistungen nicht das Bollwerk gegen Armut sind;

wenn keine fairen Steuern erhoben und in unerlässliche öffentliche Dienstleistungen, u.a. kostenlose öffentliche Bildung, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, kostenlose Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Altenpflege, sowie in eine nachhaltige Infrastruktur investiert werden, so dass die Unternehmen ihren gerechten Anteil in dem Land zahlen, in dem sie ihre Gewinne erwirtschaften;

wenn eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und die Einbeziehung junger Menschen nicht garantiert sind;

wenn grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte nicht in Kraft gesetzt werden, einschließlich einer obligatorischen Sorgfaltspflicht mit Beschwerde- und Abhilfemöglichkeiten; und

wenn die ökologische Verantwortung für Netto-Null-Emissionen und den Schutz der biologischen Vielfalt, inklusive der Reinhaltung der Weltmeere und des Wassers, nicht ganz oben auf der politischen und legislativen Agenda stehen und Gegenstand jährlicher Rechenschaftsberichte sind, dann kann das Vertrauen niemals wiederhergestellt werden.

Wenn den Menschen zudem kein Wahlrecht und keine fairen Wahlbezirke und -verfahren garantiert werden und wenn sie nicht über die Wahlurne hinaus durch Konsultationen, dreigliedrige Strukturen und sozialen Dialog in Verbindung mit anderen Maßnahmen, die die Meinung der Gesellschaft berücksichtigen, eingebunden werden, dann wird der Vormarsch des Au-

toritarismus nicht zu kontrollieren sein, und rechtsextremistische Gruppen werden weiter diejenigen ködern, die sich ausgeschlossen fühlen.

Der Globale Rechtsindex des IGB zeigt, dass die demokratischen Spielräume schwinden: In 54 Ländern wurde die Rede- und die Versammlungsfreiheit im letzten Jahr verweigert oder eingeschränkt. Die Löhne und der soziale Schutz gehen zurück, und es herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Für Frauen werden keine weiteren Fortschritte erzielt, und junge Menschen haben Angst, dass sie nicht das Erreichen können, was frühere Generationen erreicht haben.

Mehr Menschen gehen hungrig zu Bett als die Welt behauptet, aus der Armut befreit zu haben, und das, obwohl die Welt heute dreimal so reich ist wie noch vor 20 Jahren.

Es ist höchste Zeit, die Regierungen stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Diese Frontline-Kampagne beinhaltet eine Reihe von Forderungen an Regierungen. Die Mitgliedsorganisationen könnten diese prüfen und für Konsultationen mit ihren Regierungen ihren nationalen Gegebenheiten anpassen, um zu erörtern, worüber der Staat öffentlich berichten sollte, um Fortschritte anhand breiterer Kriterien als nur des BIP zu messen. Das würde dazu beitragen, partizipatorische Demokratie zu gewährleisten und die Forderung nach Gesetzen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht garantieren, untermauern.

Die Kampagne liefert eine Agenda für die Auseinandersetzung mit den internationalen Finanzinstitutionen bezüglich ihrer Verantwortung dabei, die Schaffung demokratischer politischer Grundlagen zu unterstützen und Auflagen zu beenden, die den Gesellschaftsvertrag zerstören und sich als Katalysator für soziale Unruhen erweisen. Der IGB wird einen globalen Bericht erstellen, aus dem hervorgeht, wo multilaterale Institutionen und Regierungen in dieser Hinsicht versagen.

Die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu demokratischen Rechten und Freiheiten bedeutet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an vorderster Front des Kampfes gegen zunehmend autokratische Regierungen und die extreme Rechte stehen. Wir werden mit den Mitgliedsorganisationen und unseren Regionen zusammenarbeiten, um Länder ins Visier zu nehmen, in denen Demokratien, die Menschen dienen und einbeziehen, unter Beschuss geraten sind, ebenso wie Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte verweigern und ihr Geschäftsmodell auf Ausbeutung gründen.

Dort, wo Regierungen die Arbeitnehmerrechte unterdrücken, wird der IGB handeln.



Demokratien für die Menschen: Die Regeln neu festlegen

Die Planung und Berichterstattung der Regierungen neu ausrichten

BUILDING WORKERS' POWER

Lebensstandards

Lebenshaltungskosten
Lohnwachstum
Mindestlohn
Durchschnittslohn
Nationaler Armutsmaßstab

Steuern, Sozialschutz & öffentliche Dienstleistungen

Angemessenheit und Umfang der Sozialschutzsysteme
Umfang der Leistungen: Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Altenpflege
Andere öffentliche Dienstleistungen
Steuereinnahmen
Steuergerechtigkeit

Umwelt

Fortschritte in Richtung auf Netto-Null-Emissionen
Arbeitsschutz
Anpassung gewährleistet Klimaresistenz
Vereinbarte Maßnahmen für gerechte Übergänge mit Blick auf Klima- und technologischen Wandel
Ressourcenverwaltung zum Schutz der Grenzen des Planeten
Verringerung der Umweltverschmutzung, auch der Luft, des Wassers und der Weltmeere
Stärkung der biologischen Vielfalt

V
E
R
T
R
A
U
E
N

Wirtschaft

BIP
BIP pro Kopf
Handelsbilanz
Ungleichheit
Nettobeschäftigungswachstum
Geschlechtsspezifisches Beschäftigungsgefälle

Demokratische Rechte und Freiheiten

Menschenrechte
Arbeitnehmerrechte
Recht auf Protest und Redefreiheit
Datenschutz und Schutz vor Überwachung
Demokratie am Arbeitsplatz
Tarifverhandlungen

Engagement der Menschen

Politikberatung
Wahlrecht
Dreigliedrige Institutionen und Prozesse
Gemeindeversammlungen mit führenden Regierungsvertretern
Institutionen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung
Internetzugang und elektronischer Zugang zur Regierung, um Transparenz zu gewährleisten

TRANSPARENZ UND RECHENSCHAFTSPFLICHT
RECHTSSTAATLICHKEIT



Globale Gefahren

Zunehmender Autoritarismus: 90% der Wirtschaft Lateinamerikas werden von rechtsgerichteten Regierungen kontrolliert.

Rechte unter Beschuss: 95% der Länder enthalten Arbeitnehmern manche oder alle Rechte vor.

Ära der Wut: 85% der Menschen wollen die Regeln der Weltwirtschaft neu festlegen.

Junge Menschen schreiben die Demokratie ab: Nur 30% der Amerikaner, die in den 1980er Jahren geboren wurden, halten es für „unerlässlich“, in einer Demokratie zu leben, und lediglich 32% der europäischen Millennials zählen die Demokratie zu einem ihrer fünf wichtigsten sozialen Werte.

Informelle Jobs auf dem Vormarsch: 40% der weltweiten Arbeitnehmerschaft leiden in informellen Arbeitsverhältnissen. In Ländern wie Indien verrichten 93% der Menschen informelle Tätigkeiten, und durch immer mehr Plattformunternehmen in allen Volkswirtschaften nehmen informelle Beschäftigungsformen zu, bei denen Rechte und Mindesteinkünfte nicht garantiert sind.

Arbeitslosigkeit: Offiziell sind 193 Mio. Menschen arbeitslos, aber die Herausforderung, Vollbeschäftigung herzustellen, wird dabei unterschätzt.

Sinkende Löhne: 59% der Menschen in Arbeit kommen gerade so über die Runden, haben Mühe, über die Runden zu kommen oder schaffen es gar nicht.

Globale und nationale Zielscheiben

Regierungen: bei denen Mitgliedsorganisationen Forderungen stellen und sich dafür einsetzen, dass die Demokratie neu gestaltet und das Vertrauen wiederhergestellt wird.

Konzerne, einschließlich Datenmonopolen, und Gruppen, die Faschismus, Autoritarismus und die Zerstörung der Demokratie durch rechtsextreme Gruppen unterstützen und ermöglichen/zementieren.

Internationale Finanzinstitutionen: wenn ihre Strategien oder Auflagen gerechte Demokratien untergraben.

Politiker und Medienkonzerne, die Hass und Spaltungen schüren.

Globale und nationale Maßnahmen

Unterstützung der Mitgliedsorganisationen in Ländern mit anstehenden Wahlen, vor allem durch Kontaktaufnahme mit Wählern und Multimedia-Kampagnen zur Hervorhebung der Gewerkschaftsanliegen.

Bestärkung von Politikern, die die Anliegen erwerbstätiger Menschen aufgreifen.

Zielscheibe Saudi-Arabien, um moderne Sklaverei zu beenden.

Analyse der Internationalisierung rechtsextremer Gruppen.

Unterstützung der EGB-Kampagne für ein gerechteres Europa für die Arbeitnehmer/innen.

Kampagne für ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende, einschließlich informell, selbstständig und bei Plattformen Beschäftigter.

Neuer Flaggschiff-Bericht: die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven über das BIP hinaus.

Briefing-Bericht: Zentralbankaufträge und Vollbeschäftigung.

Frontline-Kampagne: Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Sozialer Dialog Löhne

Lohngleichheit Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende

Gestärkte Tarifverhandlungen

Sozialschutz für alle

Vereinigungsfreiheit

Teilhabe von Frauen Gerechte Übergänge

UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte

Obligatorische Sorgfaltspflicht

85% der Länder
haben das
Streikrecht verletzt.

“Diese Regierung ist furchtbar. Sie untergräbt die Arbeitnehmerrechte und die Rechte generell. Hinter ihren großen Reden verbirgt die Fidesz, dass sie die Menschen zugunsten multinationaler Unternehmen verrät.”

Lajos, , Biologieprofessor im Ruhestand,
Ungarn

Die Deregulierung der Überstundenregelung in Ungarn hat zu sozialen Unruhen geführt.

Corentin Léotard

Überblick

Das Weltwirtschaftsmodell lässt erwerbstätige Menschen im Stich. Die Macht und Profitgier riesiger globaler Konzerne haben Regierungen derart eingenommen, dass sie im Widerspruch zu den Rechten und der Sicherheit ihrer eigenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handeln. Vierundneunzig Prozent der weltweiten Arbeitnehmerschaft arbeiten im Verborgenen, wobei undurchsichtige Geschäftsverträge Ausbeutung und Unterdrückung, einschließlich moderner Sklaverei, ermöglichen.

Die üblichen Niedriglohn-, Kurzzeit- oder prekären Verträge und die oftmals unsicheren Arbeitsumgebungen, die in Lieferketten vorherrschen, sowie das Fehlen eines ordnungspolitischen Umfelds und einer sozialen Absicherung zur Formalisierung informeller Tätigkeiten können keine Basis für die menschenwürdige Arbeit sein, die das nachhaltige Entwicklungsziel 8 fordert, ebenso wenig wie wir die zunehmenden Plattformunternehmen akzeptieren können, die die Technologie dazu benutzen, um sich jeglicher Verantwortung in Beschäftigungsfragen und auch anderen Verpflichtungen zu entziehen.

Eine durch die Verweigerung der Vereinigungsfreiheit und Ausbeutung angetriebene Wirtschaft ist inhuman und stellt eine sowohl wirtschaftliche als auch politische Gefahr dar, weil sie die Menschen in den Rechtsextremismus treibt. Die Welt ist heute dreimal reicher als vor 20 Jahren, aber 70 Prozent der Menschen wird ein allgemeiner Sozialschutz nach wie vor verweigert, 84 Prozent der Menschen sagen, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um davon zu leben, und 81 Prozent der Länder haben Verletzungen des Rechtes auf Tarifverhandlungen zugelassen: Dadurch wird gezielt Ungleichheit geschürt.

Die Welt braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Dieser neue Gesellschafts- oder Sozialvertrag muss durch Sozialschutz für alle und ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende untermauert werden, einschließlich der in der Jahrhunderterklärung der IAO enthaltenen vier Elemente:

- IAO-Grundrechte
- Arbeitsschutz als IAO-Grundrecht
- Angemessener Lohn
- Obergrenzen für die Arbeitszeit

Diese Schutzmaßnahmen gelten für alle Arbeitnehmer/innen, einschließlich informell, selbstständig und bei Plattformen Beschäftigter.

Über diese Basis hinaus werden sich die Elemente eines neuen Gesellschaftsvertrages in unterschiedlichen Kontexten unterscheiden, je nachdem, was die Gewerkschaften fordern wollen.

Für Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung sind die Regierungen verantwortlich. Außerdem ist es ihre Aufgabe, Gewerkschaften und Arbeitgeber zum sozialen Dialog einzuberufen, um zu gewährleisten, dass die über den Mindestschutz für Arbeitende hinausgehenden Elemente des neuen Gesellschaftsvertrages ebenfalls vereinbart, bei Bedarf auf gesetzlichem Weg, und finanziert werden. Eine obligatorische Sorgfaltspflicht entlang der Lieferkette mit Beschwerdeverfahren, die für Abhilfe sorgen, muss Teil des Gesetzes sein.

Die Arbeitgeber müssen sicherstellen, dass der Mindestschutz für Arbeitende bei ihren Geschäften umgesetzt und der Tarifprozess gestärkt wird. Über die Gleichbehandlung von Frauen und allen marginalisierten Beschäftigten sowie über Maßnahmen für einen gerechten Übergang mit Blick auf sowohl Klimaschutz als auch technologische Entwicklungen muss mit den Gewerkschaften verhandelt werden.

Für die internationalen Finanzinstitutionen bedeutet dies, dass ihre Strategien und Auflagen den Mindestschutz für Arbeitende und den neuen Gesellschaftsvertrag nicht untergraben dürfen.

Für die IAO bedeutet es, im Mittelpunkt der internationalen Politikgestaltung zu stehen und eine Führungsrolle zu übernehmen, deren Beispiel andere Institutionen folgen müssen.

Ein neuer Gesellschafts- oder Sozialvertrag wird für entscheidende Fortschritte hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklungsziele sorgen, die der IGB-Kongress als Prioritäten herausgestellt hat.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag



Ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen Arbeitnehmern, Wirtschaft und Regierungen

**Obligatorische
Sorgfaltspflicht, Beschwerde-
und Abhilfemöglichkeiten**

Qualifikationen

Löhne

**Steuern, öffentliche
Dienstleistungen und
Sozialschutz für alle**

**Gerechte Übergänge für
Klima und Technologie**

**Rechte und Datenschutz in
digitalen Unternehmen**

**Gleichberechtigte
wirtschaftliche Teilhabe
von Frauen**

**Gesunde und sichere
Arbeitsplätze frei von Gewalt
und Belästigung**

**Formalisierung
informeller Arbeit**

**Rechte für
Wanderarbeitskräfte
und Flüchtlinge**

**Globale Standards und
Regulierung für die Wirtschaft**

Lebenslanges Lernen

Ein Mindestschutz für alle arbeitenden Menschen:

**Angemessene
Mindestlöhne**

**Grundlegende Rechte,
einschließlich des
Arbeitsschutzes**

**Obergrenzen für die
Arbeitszeit**

**UN-Abkommen
über Wirtschaft und
Menschenrechte**

Vereinigungsfreiheit

**Sozialer Dialog und
gestärkte
Tarifverhandlungen**

Globale Gefahren

Tarifverhandlungen unter Beschuss: 80% der Länder haben das Recht auf Tarifverhandlungen verletzt.

Sinkende Löhne: 59% der Menschen in Arbeit kommen gerade so über die Runden, haben Mühe, über die Runden zu kommen oder schaffen es gar nicht.

Informelle Arbeit: Weniger als 69% der Beschäftigten haben formelle Verträge.

Kein Sozialschutz für alle: 70% der Menschen sind nicht abgesichert.

Armut: Mehr Menschen gehen hungrig zu Bett als die Welt behauptet, aus der Armut befreit zu haben.

Für Frauen werden keine weiteren Fortschritte erzielt: Nur 48% der Frauen sind erwerbstätig, verglichen mit 75% der Männer.

Männer kontrollieren doppelt so viel Vermögen wie Frauen und 86% der Unternehmen weltweit.

Unternehmerische Profitgier: 82% des erwirtschafteten Vermögens fließt in die Taschen des reichsten einen Prozents der Weltbevölkerung.

Machtmonopol: 10% der börsennotierten Firmen kontrollieren 80% des weltweiten Vermögens.

Uberisierung der Wirtschaft: Neue Geschäftsmodelle benutzen die Technologie dazu, um sich ihrer Verantwortung in Beschäftigungsfragen zu entziehen.

Globale und nationale Zielscheiben

Nationale Regierungen für Tarifverhandlungen und Verfahren zugunsten existenzsichernder Mindestlöhne.

Regierungen und IFIs gewährleisten Sozialschutz für alle.

UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.

Nationale Regierungen verfügen Sorgfaltspflicht.

IFIs und nationale Regierungen verwirklichen wirtschaftliche Gleichberechtigung von Frauen.

Reform der WTO mit Mindestschutz für Arbeitende als Basis eines fairen Wettbewerbs.

IAO-Normen und staatliche Regulierung für Plattformunternehmen.

IFIs überprüfen und hinterfragen Strategien und Auflagen, die einen neuen Gesellschaftsvertrag untergraben.

Globale und nationale Maßnahmen

Kampagnen: auf globaler, regionaler und nationaler Ebene für Sozialschutz für alle.

Regionale Lohnkampagnen: 100% Afrika, Würde, Löhne; Asien kämpft für +50; Europa braucht eine Lohnerhöhung; Cerrar La Brecha.

Investitionen in die Pflegewirtschaft: Lobbyarbeit und Kampagnen.

Förderung von Tarifverhandlungen (in multilateralen Institutionen und zusammen mit Mitgliedsorganisationen gegenüber nationalen Regierungen) als besten Weg zur Erreichung von Lohnwachstum und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes.

Reform der Wettbewerbspolitik, um Tarifverhandlungen für nicht der Norm entsprechende Arbeitsformen zu ermöglichen.

Unterstützung bei Kampagnen und Lobbyarbeit für innerstaatliche Gesetze zugunsten einer obligatorischen Sorgfaltspflicht (UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte).

Entlarvung von Amazon als weltweiter Marktführer in Sachen Machtmonopol und Ausbeutung – stellvertretend für digitale Riesen.

Förderung der IAO-Jahrhunderterklärung als Basis für einen Mindestschutz für Arbeitende und einen neuen Sozialvertrag.

Frontline-Kampagne: Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen

1,5, Gerechter Übergang
Netto-Null-Emissionen Klimasischere Industrien
Menschenwürdige Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten
Staatliche Ambitionen
Nationale Entwicklungspläne
Infrastruktur-Investitionen
Transparenz der Investitionen

Globale
haben **2018** einen neuen
Höchststand erreicht.
CO₂-Emissionen

“Der Übergang zu sauberen Energien ist äußerst wichtig, weil wir hier in Puerto Rico die Verwüstungen durch Hurrikan Maria erlebt haben, und viele der Toten waren Menschen mit gesundheitlichen Problemen, die auf elektrische Geräte angewiesen waren.”

Rosalina Alvarado, Lehrerin für Naturwissenschaften, Puerto Rico

Die Menschen in Puerto Rico wollen eine saubere und gerechte Energiezukunft.

Nithin Coca

Überblick

Wenn der Klimawandel nicht unter Kontrolle gebracht wird, gefährdet er alle und wird ganze Regionen unbewohnbar machen. Häufigere extreme Wetterereignisse, die bleibende Verwüstungen anrichten, sind bereits dabei, Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen zu vernichten.

Die Folgen der globalen Erderwärmung bekommen wir schon jetzt zu spüren: Hitzerekorde, rapide schmelzende Gletscher und Eisplatten, “Polarwirbel”, häufige Waldbrände und Überschwemmungen, vergiftete Weltmeere und Flüsse und Verlust an biologischer Vielfalt. Mehr als 83 Millionen Klimaflüchtlinge sind vor Katastrophen geflohen und haben ihre Existenzgrundlagen verloren. Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten sind bereits offensichtlich.

Uns bleiben elf Jahre, um den Planeten zu stabilisieren und den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, aber die Regierungen übernehmen keine Verantwortung für dieses ehrgeizige, aber unerlässliche Ziel. Jede Regierung muss ihren Anspruch erhöhen und innerstaatliche Entwicklungspläne festlegen, die Maßnahmen für einen gerechten Übergang zum Schutz der Arbeitnehmer, ihrer Familien und ihrer Gemeinschaften beinhalten. Jeder Arbeitgeber muss über einen Plan verfügen, wie er seine Geschäftstätigkeiten klimasicher machen kann, und im Mittelpunkt dieser Pläne müssen Maßnahmen für einen gerechten Übergang stehen.

Die Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen in den Dialog einbezogen werden, um sicherzustellen, dass Maßnahmen für einen gerechten Übergang vereinbart werden und geeignet sind, den Menschen Vertrauen in einen Prozess zu schenken, von dem sie wissen, dass er dringend notwendig ist. Ohne einen gerechten Übergang werden die erforderlichen Ambitionen durch Ängste blockiert, Ängste, die häufig durch unternehmerische Profitgier, extremistische Politiker und Rechtsverletzungen geschürt werden.

Im Jahr 2020 werden sich die Regierungen erneut zu ehrgeizigen Emissionssenkungen im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichten. Das nächste Jahr ist besonders wichtig, um Maßnahmen von Politikern und Arbeitgebern zu fordern.

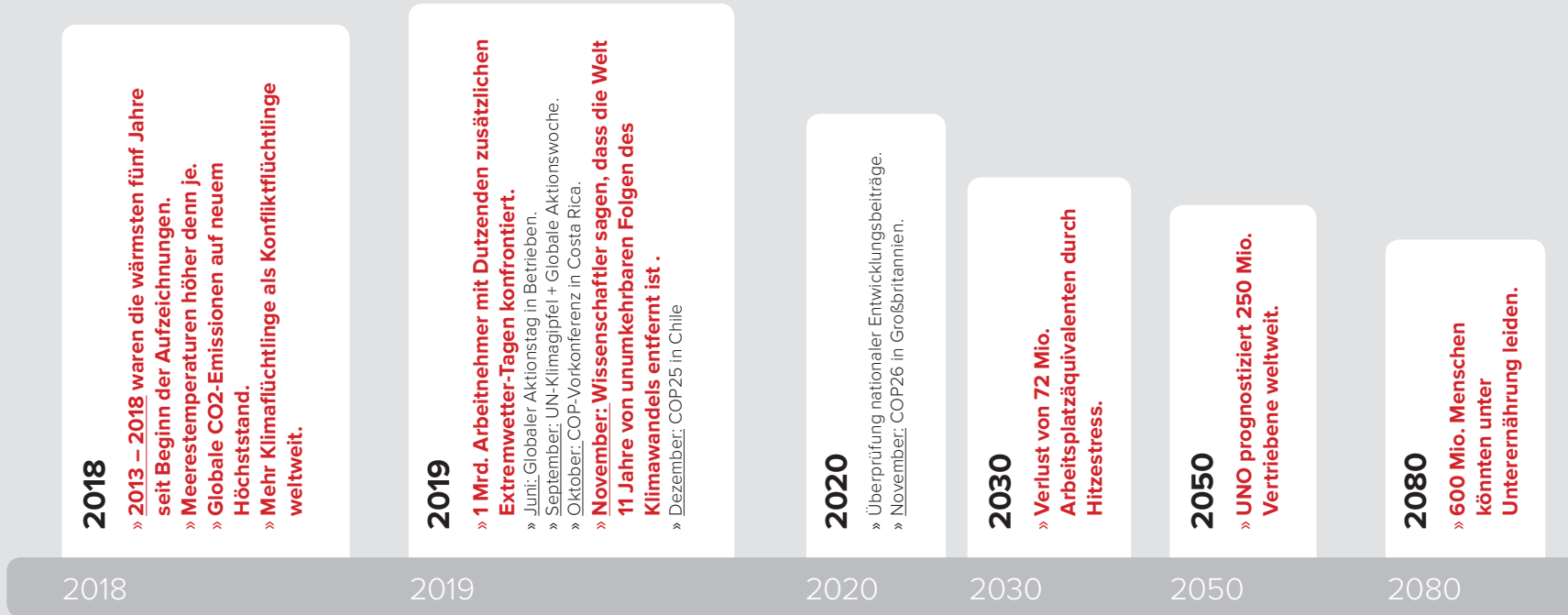
Überall auf der Welt werden Schülerinnen und Schüler aktiv, und wir müssen es ihnen gleichtun. Wir werden mit Blick auf die COP 2019 in Chile und 2020 in Großbritannien mit Forderungen an unsere Regierungen mobilisieren. Aber auch an die Arbeitgeber müssen wir Forderungen stellen. Im Juni werden wir unsere Mitgliedsorganisationen erneut einladen, mit ihren betrieblichen Vertreter/innen zusammenzuarbeiten, um alle Arbeitgeber aufzufordern, mit ihnen zusammenzutreffen, um Pläne für klimasichere Tätigkeiten und Arbeitsplätze zu erörtern.

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze – die Alternative sind gute Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten.



Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen

Zeitachse und Wendepunkte



ZIEL
Emissionen senken: 1,5

MASSNAHME
Lobbyarbeit bei Regierungen;
Weltweite Verhandlungen;
Aktionstage

ZIEL
Auf Klimakatastrophen reagieren

MASSNAHME
Nationale Aktionspläne

ZIEL
Industrieller Wandel

MASSNAHME
Betriebliche
Organisierungsarbeit; Runde
Tische für einen gerechten
Übergang

**DER WEG ZU EINEM GERECHTEN ÜBERGANG FÜHRT ÜBER HOHE AMBITIONEN
MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSPLÄTZE AUF EINEM LEBENDEN PLANETEN**



Globale Gefahren

Unumkehrbare Erderwärmung: Weltweit müssen die CO₂-Emissionen in den nächsten zehn Jahren halbiert werden.

Globale Erderwärmung: Nahezu überall auf der Welt schmelzen die Gletscher.

Steigende Meeresspiegel gefährden Städte und kleine Inselstaaten: Der globale Meeresspiegel ist im letzten Jahrhundert um etwas mehr als 20 cm angestiegen.

Globale und nationale Zielscheiben

Nationale Regierungen sichern das Pariser Abkommen über die UNFCCC/COP26 mit ehrgeizigen national festgelegten Beiträgen und innerstaatlichen Entwicklungsplänen für eine wirtschaftliche Diversifizierung und einen gerechten Übergang ab.

Umsetzung der IAO-Leitlinien für einen gerechten Übergang.

Mehr Kommissionen für einen gerechten Übergang auf nationaler/ sektoraler/städtischer Ebene.

Arbeitgeber durch Tarifverhandlungen für klimasichere Arbeitsplätze.

Globale und nationale Maßnahmen

Mobilisierung für klimasichere Arbeitsplätze und sichere Jobs.

Ein globaler Aktionstag für klimasichere Arbeit.

Ausweitung runder Tische für einen gerechten Übergang und Unterstützung der Gewerkschaften in Kommissionen und Ausschüssen für einen gerechten Übergang.

Lobbyarbeit bei Regierungen für ehrgeizige Klimaziele und einen gerechten Übergang.

Globale Verhandlungen über Klimaschutz über die UNFCCC.

Globaler Aktionstag für einen gerechten Übergang und hohe Ambitionen.

1. Säule: Frieden, Demokratie und Rechte

Überblick

Die bei der Gründung des IGB angenommene Grundsatzerklärung verpflichtet uns zur Förderung und zum Einsatz für den Schutz der Demokratie überall. Dies ist das einzige Fundament für demokratische Rechte und Freiheiten. Frieden hängt von Demokratie, menschenwürdiger Arbeit und einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen sowie von Fortschritten bei der Abrüstung generell ab. Frieden, Demokratie und Rechte sind auch eine Basis für die Verwirklichung der SDGs.

In vielen Teilen der Welt stehen die Gewerkschaften an vorderster Front bei Konflikten und Kämpfen für demokratische Rechte und Freiheiten. Aus dem Globalen Rechtsindex des IGB geht eine zunehmende Zahl von Ländern hervor, in denen Konflikte, autoritäre und rechtsgerichtete Regierungen demokratische Spielräume, Rechte und Freiheiten zerstören, einschließlich Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und Streikrecht. Arbeitnehmerrechtsaktivist/innen müssen sowohl als Menschenrechtler als auch als Friedensstifter anerkannt werden.

Durch die Solidarität unserer Mitgliedsorganisationen ist die Unterstützung für gefährdete Länder ein zentrales Element unserer Arbeit. Und die Mobilisierung für die Rechte von Migranten und die Beendigung von Sklaverei in all ihren Formen ist von grundlegender Bedeutung für die Gewährleistung demokratischer Rechte und Freiheiten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Für Beschäftigte, denen grundlegende Rechte verweigert werden, ist die Kampagne für ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende von entscheidender Bedeutung.

Die globale Gefahr einer atomaren Wiederaufrüstung macht es erforderlich, dass wir uns mit Verbündeten zusammenschließen, um das Inkrafttreten des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen und den Atomwaffensperrvertrag zu erhalten. Es zeichnet sich ein weltweiter Rüstungswettlauf ab, der gestoppt werden muss.

Frieden, Demokratie und Rechte

Themenbereiche	Gefährdete Länder	Migration und Sklaverei	Frieden und Abrüstung
Ziele	<ol style="list-style-type: none">1. Demokratische Spielräume einfordern.2. Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende einführen.3. Für Sozialschutz für alle eintreten.	<ol style="list-style-type: none">1. Sklaverei beenden2. Rechte für Wanderarbeitskräfte	<ol style="list-style-type: none">1. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft.2. Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Friedensförderung.

Höhepunkte 2019

- Internationale Solidaritätsaktionen haben zur Freilassung festgenommener Gewerkschaftsvorsitzender in Fidschi, Korea, Kasachstan und Simbabwe geführt, und die Mitgliedsorganisationen haben vom schnellen Eingreifverfahren für Menschen- und Gewerkschaftsrechte Gebrauch gemacht, um globale Aktionen zu koordinieren.
- Durchsetzung deutlicher Schlussfolgerungen im CAS zu Türkei, Brasilien, Indien, Kasachstan, Fidschi, Simbabwe und den Philippinen.
- Der jährliche Globale Rechtsindex gewinnt an Autorität und Sichtbarkeit und hat schwindende demokratische Spielräume und eskalierende Angriffe auf Arbeitnehmerrechte zunehmend aufgedeckt.
- Zehn neue Ratifizierungen des IAO-Zwangsarbeitsprotokolls 29, darunter große Volkswirtschaften wie Kanada, Deutschland und Russland. Insgesamt mittlerweile 36 Ratifizierungen.
- Weltweite Unterstützung für Kampagnen in Indien (Modi muss weg) und Argentinien (Macri muss weg).
- Bericht der SDG Alliance 8.7 über Sklaverei in Lieferketten beim G20-Treffen in Japan vorgelegt.
- Regierung von Katar schafft Ausreisegenehmigungen für Arbeitskräfte ab, führt einen Mindestlohn ein und stärkt die Arbeitsverwaltung im Rahmen ihrer im Jahr 2017 gegenüber der IAO eingegangenen Verpflichtungen.
- Rechtsberatungsstellen für den Zugang von Wanderarbeitskräften zur Justiz in Katar und Jordanien.
- Ausweitung der Plattform zur Beratung in Anwerbungs-/Arbeitsvermittlungsfragen („Migrant Recruitment Advisor“) auf Kenia, Sri Lanka, Hongkong, Katar, Bahrain und Jordanien. Die Plattform deckt mittlerweile zehn Länder ab.
- Konzipierung der Kampagne für die Ratifizierung des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen und Bündnisse mit traditionellen und neuen strategischen Partnern.
- Deutliche gewerkschaftliche Führungsrolle in Äthiopien und Eritrea, Kolumbien und den Philippinen hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften bei der Friedensförderung. In Italien haben sich Hafentarbeiter geweigert, für Saudi-Arabien bestimmte Waffen zu laden, die für den Krieg im Jemen verwendet werden könnten.

Herausforderungen

- Systematische Folgemaßnahmen zu den CAS-Schlussfolgerungen und deren Nutzung für die Herbeiführung von Veränderungen.
- Fortsetzung sichtbarer Kampagnen im Falle der Aufrechterhaltung von Strafanklagen gegen festgenommene Gewerkschaftsmitglieder (z.B. in Kasachstan).
- Einführung bzw. Wiederherstellung grundlegender Rechte und des sozialen Dialogs in gefährdeten Ländern.
- Neue Ratifizierungen der Übereinkommen 87 und 98.
- 50 Ratifizierungen des IAO-Protokolls zum Übereinkommen 29 gegen Zwangsarbeit bis 2020.
- Ausweitung der Beratungsplattform „Recruitment Advisor“ und Einrichtung einer nachhaltigen Organisationsplattform für Wanderarbeitskräfte.
- Ausweitung der Friedensförderungskampagnen auf mehr Länder.
- Widerspiegelung der Gewerkschaftsprioritäten in der EU-Entwicklungspolitik.
- Förderung von Initiativen zur Unterstützung der organisatorischen Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen im Rahmen des Netzwerkes für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN).

Pläne für 2020

- Entwicklung von Kampagnenaktionen zur Förderung des Atomwaffensperrvertrages und des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen.
- Förderung der Anerkennung der Rolle von Gewerkschaften bei der Friedensstiftung mit Mitgliedsorganisationen in Konfliktzonen und Regionen, die von Klimakatastrophen betroffen sind, anhand strategischer Pläne und Ausweitung der Gespräche zwischen den Generationen sowie der gewerkschaftlichen Lobbyarbeit bezüglich der IAO-Empfehlung 205 und des nachhaltigen Entwicklungsziels 16.
- Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen in Ländern in den Kategorien 4 und 5 des Globalen Rechtsindex mit einem spezifischen Forderungskatalog an die Regierungen und Entwicklung einer schnellen Reaktionsfähigkeit zugunsten von Gewerkschaften, die unter Repressionen zu leiden haben.
- Fortsetzung des Globalen Rechtsindex als Flaggschiff-Publikation und dessen Nutzung bei nationalen Aktivitäten zur Einforderung demokratischer Spielräume.
- Rechtsberatungsstellen zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Arbeitsrechtsreformen.
- Unterstützung nationaler Kampagnen für die Ratifizierung der Übereinkommen 87 und 98 und Publimachung von Rechtsverletzungen durch einzelne Länder und Unternehmen.
- Einsatz für die Anerkennung des Arbeitsschutzes als grundlegendes Recht bei der Arbeit.
- Offenlegung der IFI-Auflagen, die Rechte, Sozialschutz, sichere Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen beeinträchtigen.
- Prüfung der Möglichkeiten, Gerichtsverfahren auf nationaler Ebene anzustrengen, um das Streikrecht zu verteidigen.
- Ausweitung der Plattform zur Beratung in Anwerbungs-/Arbeitsvermittlungsfragen („Recruitment Advisor“), Ausweitung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Entsende- und Aufnahmeländern sowie Lobbyarbeit zugunsten von Rechtsvorschriften mit Blick auf die IAO-Grundsätze für eine faire Arbeitsvermittlung.
- Bemühungen um die Abschaffung des Kafala-Systems moderner Sklaverei in den Golfländern und Fortsetzung der Kampagne für die Ratifizierung des Protokolls zum Übereinkommen 29, Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Verhandlungen über innerstaatliche Aktionspläne zur Bekämpfung von Sklaverei sowie Überwachung der Inkraftsetzung.
- Zielgerichtete Unterstützung für Mitgliedsorganisationen bei Kampagnen für das Recht auf Arbeit, Wiederansiedlung und Gleichbehandlung für Flüchtlinge.

Federführende Abteilung: Menschen- und Gewerkschaftsrechte

Die Zahl der **Länder**, in denen **erwerbstätige Menschen Gewalt** ausgesetzt waren, hat sich von **59** im Jahr 2018 auf **a 64** im Jahr 2019 erhöht.

“Ich bin wütend auf die Regierung, weil uns diese Situation unsere Würde genommen hat, vor allem uns Frauen. Wir können unsere Familien nicht ernähren. Wir können es uns noch nicht einmal leisten, auf normalem Weg zur Arbeit zu kommen. Man stelle sich vor, als Frau auf einem Pick-up zur Arbeit fahren zu müssen, weil konventionelle Verkehrsmittel inzwischen unbezahlbar sind.”

Getrude Tembo, Second-Hand-Kleidungsverkäuferin, Simbabwe

In Simbabwe wird eine unpopuläre Regierung aggressiv, weil sie Angst vor ihrer eigenen Bevölkerung hat.

Christopher Mahove

2. Säule: Regulierung der Wirtschaftsmacht

Überblick

Die Regulierung der Wirtschaftsmacht ist die einzige mögliche Antwort auf das gescheiterte Weltwirtschaftsmodell und seine destruktiven Auswirkungen. Zudem eröffnen sich durch die beherrschende Stellung gigantischer Technologiekonzerne und die Macht, die sie durch die Datenkontrolle ausüben, neue Horizonte, ebenso wie durch Plattformunternehmen mit ihrem Geschäftsmodell, das kaum oder überhaupt nicht an innerstaatliche Gesetze, Steuersysteme oder Verantwortung für die Beschäftigung gebunden ist.

Die Regierungen beteiligen sich jetzt mit dem Geld der Steuerzahler sogar an Bietgefechten um die Standorte von Konzerngiganten in ihren Ländern oder Städten.

Mit dem zunehmenden Machtmonopol der Konzerne wächst auch der Widerstand gegen Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

Die Macht der Unternehmen und der Finanzwelt kann nur durch einen entschlossenen Regulierungsansatz auf nationaler und internationaler Ebene eingedämmt werden.

Die Welt braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag, und während die IAO ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert hat, sind die Bedingungen für größere soziale Unruhen und wirtschaftliche Instabilität weiterhin vorhanden. Die IAO wurde 1919 ins Leben gerufen, um Massenkonflikte zu vermeiden, und auch die Erklärung von Philadelphia ist vor dem Hintergrund der Massenzerstörung des Zweiten Weltkrieges und der „Großen Depression“ entstanden. Die Welt muss die Lektionen des letzten Jahrhunderts lernen und erkennen, dass wirtschaftliche Sicherheit und Rechte Eckpfeiler des Friedens sind.

Ein neuer Gesellschafts- oder Sozialvertrag muss ein Mindestmaß an Schutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beinhalten, mit angemessenen Mindestlöhnen, grundlegenden Rechten und Arbeitsschutz sowie Obergrenzen für die Arbeitszeit, wie in der IAO-Jahrhunderterklärung dargelegt. Zudem ist eine neue Norm für Plattformunternehmen erforderlich.

Gleichermaßen besteht seitens der IAO die Kompetenz, als Leuchtturm in einem zerbröckelnden multilateralen System zu fungieren und als globale Autorität in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die über das BIP hinausgeht und als Barometer der wirklichen Weltlage dient, auf den unerlässlichen Reformbedarf einzugehen.

Regulierung der Wirtschaftsmacht

Themenbereiche	Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	Die Macht der Unternehmen	Multilateralismus
Ziele	<ol style="list-style-type: none">Ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einem Mindestschutz für Arbeitende.Eine Norm für die digitale Wirtschaft.Gerechte Besteuerung und öffentliche Dienstleistungen.	<ol style="list-style-type: none">UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.National vorgegebene Sorgfaltspflicht und Zugang zu Abhilfe.IAO-Abkommen zu Lieferketten.	<ol style="list-style-type: none">Multilaterale Reformen, einschließlich Arbeitnehmerrechten und Beteiligung der Gewerkschaften.

Höhepunkte 2019

- SDG-Tracker-Instrument für ein Ranking der Länder nach ihren Erfolgen in Bezug auf das nachhaltige Entwicklungsziel 8 und Offenlegung der Regierungszusagen und deren Einhaltung.
- Vertretung der Gewerkschaften beim Hocharangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (HLPF).
- Unterstützung der Bemühungen von Mitgliedsorganisationen durch die SDG8-Kampagne und die 12 SDG-Länderberichte der Gewerkschaften.
- Vorbereitung eines Mustergesetzes zur Sorgfaltspflicht in Menschenrechtsfragen.
- Beginn der Analyse chinesischer Unternehmen und Auslandsinvestitionen.
- Lohnerhöhungen für die ärmsten Arbeitskräfte in mehreren Ländern, darunter Nigeria, El Salvador, Äthiopien, Vietnam und Malaysia, unterstützt durch regionale Lohnforen.
- Beteiligung am IAO-Projekt zur Angemessenheit der Löhne, um Indikatoren für innerstaatliche Löhne zu liefern.
- Handbuch zur Nutzung der IFI-Schutzklauseln für Gewerkschaften.
- Widerspiegelung zentraler Gewerkschaftsprioritäten in den Grundsätzen für das Engagement des Privatsektors (Private Sector Engagement Principles) der Globalen Partnerschaft für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit (Global Partnership for Effective Development Cooperatio, GPEDC), die in die SDG-, HLPF-, OECD- und EU-Prozesse einfließen.
- Kampagnenleitfaden zu Arbeitsplätzen ohne Krebsgefahren.

Herausforderungen

- Unternehmenskampagne gegen Amazon und Gewerkschaftsforen zur Digitalisierung.
- Mehr Organisierungskampagnen für Löhne und gegen spezifische Unternehmen, mit Gesetzen für ein Mindestmaß an Schutz für alle Arbeitenden und Sozialschutz für alle.
- Entwicklung einer unternehmensbezogenen Strategie für chinesische Unternehmen; Ermittlung und Analyse ihrer Investitionen in Afrika und Asien.
- Erhöhung der Zahl der Länder, die an gesetzlichen Bestimmungen zur Sorgfaltspflicht in Menschenrechtsfragen arbeiten.
- IAO-Beschluss zur Normensetzung mit Blick auf die Regulierung des Unternehmensverhaltens, einschließlich eines Übereinkommens zu Lieferketten.
- Herausstellung des Versagens der Strukturanpassung/Austerität.
- Verbesserung des Arbeitsplatz-Tracking-Instruments der IFIs zur Bewertung nicht nur der geschaffenen Arbeitsplätze, sondern auch deren Qualität.
- Akzeptanz arbeitsbezogener Auflagen in Handelsabkommen bei der WTO-Ministerkonferenz im Juni 2020.
- Verstärkung des Gewerkschaftsengagements bezüglich der SDGs auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sowie Förderung des sozialen Dialogs als Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030.
- Kampf für Steuergerechtigkeit und progressive Besteuerung.

Pläne für 2020

- Ein neuer Flaggschiff-Bericht: der anlässlich der Tagungen des IWF/der Weltbank veröffentlichte Wirtschafts- und Sozialausblick des IGB.
- Aufrechterhaltung des Drucks bezüglich Rechtsverletzungen in Lieferketten, Fortsetzung der Lobbyarbeit für ein UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte und Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen für eine national vorgegebene Sorgfaltspflicht, Beschwerdemöglichkeiten und gesetzlich geregelte Abhilfe.
- IAO-Fachtagung deckt Ordnungsdefizite in Lieferketten auf und beschließt Normensetzung.
- Entwicklung unternehmensbezogener Strategien für chinesische Unternehmen, einschließlich der Ermittlung und Analyse ihrer Investitionen.
- Verbesserung des Arbeitsplatz-Tracking-Instruments der IFIs zur Bewertung nicht nur der geschaffenen Arbeitsplätze, sondern auch deren Qualität.
- Wirtschaftspolitische Analysen zum Sozialschutz und zur Reform der WTO.
- Verstärkung des Einflusses des Zentrums für Sport und Menschenrechte, um sicherzustellen, dass die Sportindustrie grundlegende Rechte respektiert, auch entlang der Lieferketten.
- Vertiefung der weltweiten Lohn- und Sozialschutzkampagnen auf regionaler und nationaler Ebene.
- Ausweitung regionaler Foren zum Thema Plattformbeschäftigte.
- Fortsetzung des Dialogs mit der G20 und der G7 in Bezug auf eine multilaterale Reform, Investitionen in Arbeitsplätze durch Infrastrukturprojekte und die Pflegewirtschaft, Sozialschutz und die Vergrößerung des Anteils der Arbeitseinkommen durch existenzsichernde Mindestlöhne und verstärkte Tarifverhandlungen.
- Lobbyarbeit für die Akzeptanz arbeitsbezogener Auflagen in Handelsabkommen bei der WTO-Ministerkonferenz 2020.
- Unterstützung des Globalen Deals für grenzüberschreitende Gespräche und Tarifverhandlungen.
- Unterstützung bei juristischen Anfechtungen des Streikrechts auf nationaler Ebene.
- Stärkung des Ausschusses für Arbeitnehmerkapital.
- Bewertung des Spielraums für abgestimmte Steuerkampagnen.

Federführende Abteilung: Rechtsfragen

59% der Menschen in Arbeit kommen gerade so über die Runden, haben Mühe, über die Runden zu kommen oder schaffen es gar nicht.

“Niemand will die Verantwortung dafür übernehmen, uns das zu zahlen, was uns zusteht.”

Saepudin, Textilarbeiter, Indonesien

Indonesiens Textilarbeiter/innen müssen hart für ihre Entlassungsabfindungen kämpfen.

Laura Villadiego

3. Säule: Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

Überblick

Die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der wirtschaftlichen und sozialen Störungen infolge des rapide voranschreitenden technologischen Wandels stellen erwerbstätige Menschen vor immense globale Verschiebungen. Diese globalen Verschiebungen erfordern gerechte Übergänge.

Fehlende Ambitionen angesichts des Klimawandels bedeuten, dass sich die Welt auf einen Temperaturanstieg um mehr als 3,5 Grad Celsius gegenüber den aktuellen Temperaturen zubewegt. Da das IPCC prognostiziert, dass uns nur noch ein Jahrzehnt bleibt, um diesen Trend aufzuhalten, sind Ambitionen jetzt jedoch dringend erforderlich. Der Weg zu hohen Ambitionen führt über einen gerechten Übergang. Die Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen mit am Tisch sitzen, um über die Maßnahmen für einen gerechten Übergang zu verhandeln, die notwendig sind, um für Vertrauen in die benötigte Energiewende und in technologische Fortschritte zu sorgen, damit sowohl Klimaschutz- als auch Anpassungsmaßnahmen in sämtlichen Industriezweigen und Sektoren garantiert sind.

Die Technologie kann Chancen eröffnen, die arbeitenden Menschen zugutekommen, wird aber auch Arbeitsplätze und aktuelle Lieferketten beeinträchtigen. Digitalisierung, Automatisierung und Daten müssen gelenkt werden, um Arbeitsplätze und Lebensstandards zu schützen und zu verbessern. Vollbeschäftigung bleibt eins der zentralen Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

Maßnahmen für einen gerechten Übergang, einschließlich einer globalen und nationalen Regulierung, sind unerlässlich. Die globale Lenkung technologischer Verschiebungen muss eine neue Norm bezüglich Plattformunternehmen, globale Normen für die Datenverwaltung, einschließlich Datenschutz und Schutz der Privatsphäre, Schutz vor Überwachung u.a. beinhalten. All dies erfordert die Beteiligung der Gewerkschaften und einen grenzüberschreitenden sozialen Dialog mit starken Tarifverhandlungen, um Pläne für einen gerechten Übergang und die Beschäftigung zu gewährleisten.

Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

Themenbereiche	Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit
Ziele	<ol style="list-style-type: none">Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen durch eine starke Beteiligung/Vertretung der Gewerkschaften bei der Entwicklung nationaler Klimaschutzpläne.	<ol style="list-style-type: none">Eine internationale Norm für die Steuerung digitaler Plattformunternehmen.Schutz vor Überwachung und Kontrolle der Arbeitnehmer über Daten.Steuervorschriften für die digitale Wirtschaft.

Höhepunkte 2019

Klima und ein gerechter Übergang

- Zweiundzwanzig Mitgliedsorganisationen haben sich am ersten weltweiten Aktionstag im Juni unter dem Motto "Unsere Arbeit klimasicher machen" #CPOW beteiligt.
- Die Gewerkschaften sind dem Aufruf zu einer weltweiten Mobilisierung im September gefolgt, zeitgleich mit dem Klimagipfel des UN-Generalsekretärs, und aufbauend auf der Erklärung der COP24 in Polen, ging es beim UN-Gipfel um eine Verpflichtung zur "Förderung eines gerechten Übergangs und zur Schaffung grüner Arbeitsplätze für alle mit Blick auf einen ambitionierten Klimaschutz", einschließlich Verpflichtungen von im Bereich erneuerbare Energien tätigen Unternehmen zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen und zur Achtung von Arbeitsnormen.
- Innerstaatliche Klimaschutzpläne beinhalten Bestimmungen zugunsten eines gerechten Übergangs für die Beschäftigten; Spanien, Deutschland, Neuseeland und Kanada sind auf nationaler Ebene Verpflichtungen eingegangen.
- Beteiligung von Gewerkschaften am Vorstand des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund, GCF), um auf zugesagte Verpflichtungen in Höhe

von 100 Mrd. US\$ pro Jahr sowie auf soziale und arbeitsnormenbezogene Projektkriterien zu drängen.

- In der IAO-Jahrhunderterklärung wird auf einen gerechten Übergang zu einer Zukunft der Arbeit eingegangen, als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen.
- Untermauerung der Relevanz des sozialen Dialogs für SDGs durch gewerkschaftliche Lobbyarbeit: Untersuchung zum gerechten Übergang.

Technologische Verschiebungen

- Verankerung eines Mindestmaßes an Sozialschutz in der IAO-Jahrhunderterklärung sowie eines gerechten Übergangs beim technologischen Wandel, lebenslangen Lernens, des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes.
- Anerkennung eines "fairen Übergangs" in den OECD-Grundsätzen für künstliche Intelligenz (mit TUAC) und den Ethik-Leitlinien für vertrauenswürdige KI für die Europäische Union (mit EGB).

Herausforderungen

Klima und ein gerechter Übergang

- Gewährleistung von sozialem Dialog und Tarifverhandlungen mit klimarelevanten Bestimmungen auf betrieblicher und sektoraler Ebene.
- Nutzung des Überprüfungsprozesses im Rahmen des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2020, um die Ambitionen zu erhöhen und Verfahren für den sozialen Dialog einzuführen.
- Sicherstellung, dass die in der IAO-Jahrhunderterklärung enthaltenen Verpflichtungen im „Green Jobs“-Programm der IAO und in ihrer Normensetzungsagenda für einen gerechten Übergang im Jahr 2020 aufgegriffen werden.

Technologische Verschiebungen

- Übertragung der in der IAO-Jahrhunderterklärung enthaltenen Verpflichtungen in Gesetzgebung und Praxis.
- Gewährleistung von sozialem Dialog und Tarifverhandlungen in Bezug auf technologischen Wandel.
- Stärkung der Verbindungen zwischen dem Datenschutz für Arbeitnehmer und allgemeineren Regulierungsforderungen für digitale Unternehmen.
- Sicherstellung, dass die Vorschläge bezüglich eines Abkommens über elektronischen Handel die Gewerkschaftsanliegen nicht untergraben.

Pläne für 2020

Klima und ein gerechter Übergang

- Ausweitung der Arbeit des Zentrums für einen gerechten Übergang zur Unterstützung der Gewerkschaften bei Verhandlungen über Maßnahmen für einen gerechten Übergang.
- Beteiligung an den UNFCCC/COP-Verhandlungen.
- Betrieblicher Aktionstag: Unsere Arbeit klimasicher machen #CPOW.
- Mobilisierung für Ambitionen im Vorfeld des UN-Klimagipfels und der COP 2020, wo die national festgelegten Beiträge (Nationally Determined Contribution, NDCs) von allen Regierungen überprüft werden sollen.
- Konzipierung von Kampagnen zur Ausweitung des Sozialschutzes und für einen gerechten Übergang in Bezug auf den Klima- und den technologischen Wandel.

Technologische Verschiebungen

- Analyse der Gesetze zum Datenschutz und zur Steuerung der Technologie, die Auswirkungen auf die Arbeitswelt und auf demokratische Rechte haben.
- Analyse des Zusammenbruchs der Wettbewerbspolitik und Feststellung zentraler Bereiche für Lobbyarbeit.
- Kampagne für ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende als Basis für einen neuen Gesellschafts- oder Sozialvertrag.
- Austausch bewährter Praktiken bei Tarifverhandlungen, um für Schutz zu sorgen.
- Zusammenstellung bewährter Gewerkschaftspraktiken und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Nutzung digitaler Technologien.
- Gemeinsam mit den GUFs Aufdeckung des Geschäftsmodells und Machtmonopols von Amazon und der Ausbeutung seiner Beschäftigten.
- Dokumentation des Ausschlusses von Frauen bei technologischen Verschiebungen.
- Analyse von Initiativen zur Ausweitung des Zugangs zum Internet für die restlichen 50 Prozent der Menschen und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Bemühungen um die Beeinflussung der Politik und Praxis.

Federführende Abteilung: Wirtschafts- und Sozialpolitik

2013-2019 waren
die wärmsten sechs
Jahre seit Beginn der
Aufzeichnungen.

“Ich sehe viele Veränderungen. Der Klimawandel ist hier angekommen. Vor 15 Jahren haben wir im November bereits auf Meereis gejagt, aber heute gibt es hier nirgends Eis.”

Kyle Sage, Iñupiat, Alaska

Alaska: Schauplatz der nächsten Binnenvertreibungen aufgrund des Klimawandels,

Alberto Barba Pardal

4. Säule: Gleichstellung

Überblick

Für Frauen werden keine weiteren Fortschritte erzielt, und Diskriminierung, Belästigungen und Gewalt nehmen wieder zu. In der IGB-Kongresserklärung wird unterstrichen, dass wir die Verantwortung haben, eine feministische Agenda zu formulieren, bei der es schwerpunktmäßig um die gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und Frauen in Führungspositionen überall geht. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen beträgt weniger als 50 Prozent, und unbezahlte Pflege- und Betreuungstätigkeiten machen mittlerweile neun Prozent des weltweiten BIP aus. Investitionen im Pflegebereich sind eine Priorität mit Blick auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt immer noch 23 Prozent, und der Schlüssel zur Beendigung dieser Diskriminierung sind nach wie vor Sozialschutz, Pflege und existenzsichernde Mindestlöhne mit stärkeren Tarifverhandlungen.

Die Wirtschaft darf diskriminierende Praktiken nicht ohne Aufdeckung fortsetzen.

Im Durchschnitt verfügen Frauen lediglich über drei Viertel der rechtlichen Absicherung, von der Männer während ihres Arbeitslebens profitieren, und nur sechs Länder gewähren gleiche Rechte und Schutzmaßnahmen. Die Diskriminierung reicht von bestimmten Tätigkeitsverboten bis hin zu ungleicher Bezahlung oder fehlendem Schutz vor sexueller Belästigung und betrifft u.a. das Familienrecht, Eigentumsrechte und andere Freiheiten oder Ansprüche.

Unsere Entschlossenheit, die Regeln neu festzulegen, gilt auch für Gesetzesänderungen. Gestützt auf das neue IAO-Übereinkommen, wird dies ein Organisierungsfokus für Frauen bleiben, um Gerechtigkeit in Gesetz und betrieblicher Praxis zu erreichen, mit Beurlaubung aufgrund häuslicher Gewalt als Priorität.

Alle Gruppen, die von Marginalisierung bedroht sind, müssen in den Gewerkschaften ein Zuhause finden. Oberste Priorität wird Organisationsarbeit sein, um alle arbeitenden Menschen zu integrieren. Wir sind der Förderung junger Menschen in Führungspositionen und der Unterstützung von Gewerkschaften verpflichtet, die sich für die Rechte und die Gleichbehandlung indigener Menschen, LGBTQI+-Personen und Menschen mit einer Behinderung einsetzen.

Erwerbstätige Menschen und ihre Familien müssen wissen und darauf vertrauen können, dass die Gewerkschaften für sie da sind.

Gleichstellung ist von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung der SDGs.

Gleichstellung

Themenbereiche	Wirtschaftliche Integration von Frauen	Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung
Ziele	<ol style="list-style-type: none">1. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt.2. Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt.	<ol style="list-style-type: none">1. Verstärkte Vertretung marginalisierter Beschäftigter in Gewerkschaften.

Höhepunkte 2019

- Starke Beteiligung der Mitgliedsorganisationen und breites internationales Bündnis bei Kampagnen und Lobbyarbeit für ein Übereinkommen und eine Empfehlung der IAO zur Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Arbeitswelt.
- Die Jahrhundert-IAK hat ein umfassendes und integratives Übereinkommen sowie eine Empfehlung angenommen.
- Starke Partnerschaft mit Globalen Gewerkschaftsföderationen bezüglich Investitionen in Pflege und menschenwürdige Arbeit für Pflegekräfte. Global-Unions-Aktionstag für Investitionen in die Pflegewirtschaft und Geschlechtergleichstellung am 7. Oktober (Welttag für menschenwürdige Arbeit).
- Fortschritte auf nationaler Ebene, einschließlich eines neuen Gesetzes zur Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs von 60 Tagen auf 105 Tage (Philippinen); bahnbrechendes Gesetz für Lohngleichheit tritt in Kraft (Island); irische Gewerkschaften lancieren Kinderbetreuungs-Positionspapier und -Kampagne für Nordirland und fordern einen dezidierten sozialen Dialog; britische Gewerkschaften setzen sich nach „bisher größtem“ Streik für Lohngleichheit in Großbritannien mit ihrer Forderung nach Lohngleichheit in Schottland durch.
- Weitere Fortschritte bei Frauen in Führungspositionen (z.B: FTUC-Fidschi hat 55 Prozent Frauenvertretung in seinem Vorstand erreicht; COSATU-Südafrika, KSBSI-Indonesien und EDLC-Ägypten haben zum ersten Mal eine Frau zur Vorsitzenden gewählt).

Herausforderungen

- Fortsetzung der Organisierung von Beschäftigten in der Pflegewirtschaft und Kampagne für Investitionen in Pflegewirtschaft und Pflegestellen.
- Intensivierung der Maßnahmen, um eine Frauenvertretung von 40 Prozent in gewerkschaftlichen Führungspositionen zu erreichen.
- Gewährleistung einer gewerkschaftlichen Beteiligung an der Überprüfung nach 25 Jahren und den Folgemaßnahmen der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform.
- Sensibilisierung der Gewerkschaften bezüglich des Inhalts der neuen Instrumente.
- Erreichung einer breiten Ratifizierung und Umsetzung der neuen IAO-Instrumente zu Gewalt und Belästigung, einschließlich fünf Ratifizierungszusagen bis Juni.
- Analyse gewerkschaftlicher Maßnahmen mit Blick auf die Vertretung und Förderung der Rechte marginalisierter Beschäftigter.
- Verstärkte Maßnahmen zur Vertretung von Beschäftigten, die unter Diskriminierung und ungleicher Behandlung zu leiden haben.

Pläne für 2020

- Kampagne für die Ratifizierung und Umsetzung des neuen Übereinkommens und Berücksichtigung seines Inhalts bei Tarifverhandlungen, beim sozialen Dialog und in der Politik.
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Forderung nach Urlaub für Opfer häuslicher Gewalt durch Verhandlungen und Gesetze.
- Nationale Aktivitäten zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Kampagnen für die Formalisierung von und Investitionen in Pflege- und Betreuungstätigkeiten.
- UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau: Fokus auf Sozialschutz und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Beteiligung an Peking + 25-Überprüfung: Folgemaßnahmen auf regionaler und nationaler Ebene; Organisation von "Geschlechtergleichstellungsforen".
- Beiträge zu den regionalen Kampagnen für Sozialschutz und existenzsichernde Mindestlöhne.
- Schulung für Führungspositionen und Konzipierung von entsprechenden Programmen für Frauen.
- Unterstützung von Frauen bei der Friedensstiftung.
- Anhörungen zur Aufdeckung der tagtäglichen Ungerechtigkeit im Arbeitsleben von Frauen.
- Beginn der Zusammenstellung einer Liste der "Schlimmsten Unternehmen der Welt für Frauen".
- Einbeziehung festgestellter Gruppen marginalisierter Beschäftigter in gemeinsame Organisierungskampagnen mit den Regionen und den Mitgliedsorganisationen des IGB.

Federführende Abteilung: Gleichstellung

Durch **fraudiskriminierende Gesetze** gehen jedes Jahr weltweit **mehr als 2 Billionen US\$** an **Einnahmen verloren.**

"Ich habe diesen Job verloren, weil sie wollten, dass ich länger arbeite und das konnte ich nicht. Ich muss meinen Sohn von der Schule abholen, Essen kochen und sonst noch alles Mögliche. Es ging nicht. Also schlagen wir uns jetzt irgendwie durch."
Jana Molková, Reinigungskraft, Tschechische Republik

Der Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter ist in der Tschechischen Republik in vollem Gange.
Clare Speak

Anhang I: Frontlines und Säulen im Überblick

Frontline-Kampagne:

Demokratien für die Menschen: Die Regeln neu festlegen

Vertrauen wiederherstellen
Rechte Wählen Zuhören
Lebensstandards Transparenz
Jobs für Frauen und junge Menschen **Sozialschutz**
Rechtsstaatlichkeit Umwelt
Vereinigungsfreiheit Arbeitnehmer
Streikrecht Schutz vor Überwachung
Rechenschaftspflicht **Tarifverhandlungen**
Datenschutz

Frontline-Kampagne: Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Sozialer Dialog **Löhne**
Lohngleichheit Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende
Gestärkte Tarifverhandlungen
Sozialschutz für alle Vereinigungsfreiheit
Obligatorische Sorgfaltspflicht
UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte
Gerechte Übergänge **Teilhabe von Frauen**

Frontline-Kampagne:

Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen

1,5, Gerechter Übergang
Netto-Null-Emissionen Klimasichere Industrien
Menschenwürdige Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten
Staatliche Ambitionen
Nationale Entwicklungspläne
Infrastruktur-Investitionen
Transparenz der Investitionen



1. Säule: Frieden, Demokratie und Rechte

Themenbereiche	Gefährdete Länder	Migration und Sklaverei	Frieden und Abrüstung
Ziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Demokratische Spielräume einfordern. 2. Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende einführen. 3. Für Sozialschutz für alle eintreten. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Sklaverei beenden 2. Rechte für Wanderarbeitskräfte. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft. 2. Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Friedensförderung.

2. Säule: Regulierung der Wirtschaftsmacht

Themenbereiche	Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	Die Macht der Unternehmen	Multilateralismus
Ziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einer Mindestgarantie für Arbeitende. 2. Eine Norm für die digitale Wirtschaft. 3. Gerechte Besteuerung und öffentliche Dienstleistungen. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte. 2. National vorgegebene Sorgfaltspflicht und Zugang zu Abhilfe. 3. IAO-Abkommen zu Lieferketten. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Multilaterale Reformen, einschließlich Arbeitnehmerrechten und Beteiligung der Gewerkschaften.

3. Säule: Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

Themenbereiche	Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit
Ziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen durch eine starke Beteiligung/Vertretung der Gewerkschaften bei der Entwicklung nationaler Klimaschutzpläne. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Eine internationale Norm für die Steuerung digitaler Plattformunternehmen. 2. Schutz vor Überwachung und Kontrolle der Arbeitnehmer über Daten. 3. Steuervorschriften für die digitale Wirtschaft.

4. Säule: Gleichstellung

Themenbereiche	Wirtschaftliche Integration von Frauen	Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung
Ziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. 2. Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verstärkte Vertretung marginalisierter Beschäftigter in Gewerkschaften.

Anhang II: Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung – Gewerkschaftsprioritäten

Ziel 1 - Armut in allen ihren Formen und überall beenden

1.1 - Bis 2030 die extreme Armut - gegenwärtig definiert als der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen - für alle Menschen überall auf der Welt beseitigen

1.2 - Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte senken

1.3 - Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen

1.4 - Bis 2030 sicherstellen, dass alle Männer und Frauen, insbesondere die Armen und Schwachen, die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum und Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstigen Vermögensformen, Erbschaften, natürlichen Ressourcen, geeigneten neuen Technologien und Finanzdienstleistungen einschließlich Mikrofinanzierung haben

1.5 - Bis 2030 die Widerstandsfähigkeit der Armen und der Menschen in prekären Situationen erhöhen und ihre Exposition und Anfälligkeit gegenüber klimabedingten Extremereignissen und anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks und Katastrophen verringern

1.b - Auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene solide politische Rahmen auf der Grundlage armutsorientierter und geschlechtersensibler Entwicklungsstrategien schaffen, um beschleunigte Investitionen in Maßnahmen zur Beseitigung der Armut zu unterstützen

Ziel 3 - Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

3.8 - Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen

3.9 - Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern

Ziel 4 - Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

4.1 - Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt

4.3 - Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten

Ziel 5 - Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

5.2 - Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen

5.4 - Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen

5.5 - Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen

5.a - Reformen durchführen, um Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstige Vermögensformen, zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen zu verschaffen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften

Ziel 8 - Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

8.5 - Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen

8.6 - Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern

8.7 - Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen

8.8 - Die Arbeitsrechte schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, fördern

8.b - Bis 2020 eine globale Strategie für Jugendbeschäftigung erarbeiten und auf den Weg bringen und den Globalen Beschäftigungspakt der Internationalen Arbeitsorganisation umsetzen

Ziel 10 - Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

10.1 - Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung erreichen und aufrechterhalten

10.4 - Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen

10.5 - Die Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen verbessern und die Anwendung der einschlägigen Vorschriften verstärken

10.6 - Eine bessere Vertretung und verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sicherstellen, um die Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit, Rechenschaftslegung und Legitimation dieser Institutionen zu erhöhen

Ziel 13 - Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

13.2 - Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen

Ziel 16 - Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

16.1 - Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern

16.3 - Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten

16.4 - Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen

16.5 - Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren

16.6 - Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

16.7 - Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist

Ziel 17 - Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

17.4 - Den Entwicklungsländern dabei behilflich sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung beziehungsweise der Umschuldung die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder angehen, um die Überschuldung zu verringern

17.10 - Ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha

17.13 - Die globale makroökonomische Stabilität verbessern, namentlich durch Politikkoordinierung und Politikkohärenz

17.17 - Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern

